

Kampf um eine neue Ordnung. Auseinandersetzungen und Perspektiven



Revolution und soziale Bewegungen in Deutschland während der globalen Umbruchphase um 1916 bis 1923.

Konflikte um lokale Ordnungen

Global entstanden zwischen etwa 1916 und 1923 vielfältige soziale Bewegungen. Sie speisten sich aus lokalen Problemen, die jedoch eng mit translokalen, nationalen wie transnationalen Aspekten verflochten waren. Erstaunlicherweise ist diese globale Umbruchphase bislang kaum geschichtswissenschaftlich untersucht worden. Sowohl die wenigen bisherigen Studien zu Einzelaspekten dieser Phase als auch diejenigen zur deutschen Revolution teilen drei Engführungen. Neben einem zu engen Untersuchungszeitraum und der eher politik- und strukturgeschichtlichen Argumentation kommen, erstens, die Breite und Vielfalt konkurrierender sozialer Bewegungen, welche die Jahre von etwa 1916 bis 1923 kennzeichnen und geradezu ihr Alleinstellungsmerkmal sind, nicht in den Blick. Denn beide Forschungsrichtungen sind stark auf die etablierten Arbeiterorganisationen (Gewerkschaften und Parteien) fokussiert, widmen sich den politischen Wandlungen sowie den kriegsbedingten Strukturveränderungen. Dies gilt auch für die älteren Studien zur Revolution in norddeutschen Hafenstädten wie Hamburg, Bremen und Kiel. Zweitens richten sie den Blick vorrangig auf gesamtgesellschaftliche beziehungsweise gesamtstaatliche Fragen. Drittens blenden diese Arbeiten zeitgenössische Wahrnehmungen, Hoffnungen und Ängste vor Ort nahezu ebenso aus wie konkrete transnationale und translokale Transfers.

Auch in Deutschland erodierten in einer um 1916 beginnenden Mobilisierungsphase zentralstaatliche Ordnung und Legitimität. Die damit verbundenen Probleme wurden artikuliert durch lokal verankerte Aktivitäten

sozialer Bewegungen. Diese lokalen Prozesse beförderten auch die Revolution im Zeitraum von Oktober 1918 bis April 1920, die sich in drei Phasen einteilen lässt: In einer ersten, relativ friedlichen Übergangsphase erfolgten Machtübertragungen und Machtteilungen zwischen Arbeiter- und Soldatenräten als Teil der lokalen sozialen Bewegungen sowie den alten Verwaltungen; die zweite Revolutionsphase war bestimmt von der gewaltgeprägten „Wende zum Bürgerkrieg“ (Kluge: Revolution, 83), etwa von der Jahreswende 1918/19 bis zum Frühjahr 1919, als die letzten Räterepubliken gewaltsam niedergeschlagen wurden; die dritte Revolutionsphase (März/April 1920) war in einigen Regionen geprägt durch den offenen Bürgerkrieg nach Ende des Kapp-Putsches. Der Sommer 1920 sah intensive Aktivitäten urbaner sozialer Bewegungen, die sich inzwischen jedoch darauf beschränkten, die materielle Existenz durch lokale konsum- und arbeitsplatzbezogene kollektive Aktivitäten abzusichern. Weiterreichende Umstrukturierungen standen kaum noch auf der Agenda. Diese Periode lief in Deutschland etwa Ende 1923 aus.

Kampf um lokale Ordnungen seit 1916: Erosion staatlicher Ordnung und Legitimität sowie Entstehung lokal verankerter urbaner sozialer Bewegungen

Der Erste Weltkrieg mobilisierte die deutsche Gesellschaft. Im Spannungsfeld zwischen Militär und Wirtschaft versuchten staatliche Akteure, die Produktion sowie die Versorgung zu steuern. Dadurch wurde der Staat im gesellschaftlichen Alltag präsenter. Spätestens seit 1916 wurde jedoch deutlich, dass die staatli-

Klaus
Weinhauer

chen Bemühungen zur Sicherung der Versorgung wenig erfolgreich waren. Dies betraf vor allem die ärmeren Teile der Bevölkerung, speziell die Arbeiterschaft. Vor allem in städtischen Arbeitervierteln wurden die Käufer-schlangen vor den Geschäften wichtige Kommunikationsorte und Nachrichtenbörsen. Von hier erhielten die von Frauen und Jugendlichen getragenen Lebensmittelproteste der zweiten Kriegshälfte viele Impulse. Unter Nutzung lokaler Selbsthilfenetze entstanden dezentrale soziale Bewegungen mit dem Ziel gerechterer Preise, Qualitätsverbesserungen und der Absicherung der Versorgung mit Grundnahrungsmitteln. Diese sozialen Bewegungen speisten sich auch aus arbeitsplatzbezogenen Anliegen.

Sie entstanden auch, weil die Gewerkschaften (sozialdemokratische, christliche und unternehmernahe wirtschaftsfriedliche) mit Kriegsbeginn einen Streikverzicht erklärten und die etablierten Gewerkschaftsgremien somit als Kommunikationsforen kaum noch genutzt werden konnten. Somit waren sowohl die Konsumenten als auch die betrieblichen Arbeiterinnen und Arbeiter auf andere Wege der Interessensvertretung angewiesen. Für diese sozialen Bewegungen waren lokale Kontexte sehr wichtig; hier agierten lokal akzeptierte Arbeiterdelegierte, Gewerkschaftsfunktionäre oder informelle Komitees. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst vom 5. Dezember 1916 konnte wenig dazu beitragen, diese soziale Bewegung wieder enger an die Gewerkschaften zu binden. Zwar wurden die Gewerkschaften anerkannt, und auf betrieblicher Ebene konnten Arbeiterdelegierte gewählt werden. Gleichzeitig wurden die Arbeiterorganisationen jedoch noch weiter in die Kriegswirtschaft eingebunden und die Freizügigkeit der Arbeiter eingeengt.

Der Bedeutungsgewinn lokaler Kontexte bei Konsum- und arbeitsplatzbezogenen Protesten sowie die damit

verbundene Aufwertung lokal orientierter Muster kollektiver Interessensvertretung waren zugleich Ausdruck und Motor von Lokalisierungsprozessen. Vielfältige situativ verdichtete lokale soziale Bewegungen trugen diese Proteste, deren Aktivitäten gekennzeichnet waren durch die Sicherung lokaler Ordnungen sowie durch deren Abgrenzung von nationalstaatlichen beziehungsweise gesamtgesellschaftlichen Ordnungsmustern. Die Bewegungen und Konflikte entstanden schon vor den russischen Revolutionen von 1917 und vor dem Kriegseintritt der USA im April 1917. In diesen sozialen Bewegungen artikulierte sich auch eine Revolution steigender Erwartungen (Leonhard: *Büchse der Pandora*, 706), nach dem Krieg staatliche und soziale Gegenleistungen für im Krieg erbrachte Leistungen und Entbehrungen zu erhalten.

In Deutschland zeigte sich seit 1918 ein erneut verstärkter staatlicher Legitimationsverlust; auch die militärische Disziplin erodierte. Ende Oktober 1918 kam es zur Meuterei in Wilhelmshaven und daraufhin zum Kieler Matrosenaufstand. Diese kollektiven Aktivitäten sollten jedoch nicht durch den Begriff Meuterei aus den gesellschaftlichen Entwicklungen ausgegrenzt, sondern ebenfalls als soziale Bewegungen, vor allem von Matrosen getragen, betrachtet werden. Die Matrosen lebten nicht isoliert auf den Schiffen, sondern waren verbunden mit den angrenzenden Arbeitermilieus, deren Organisations- und Kommunikationsnetzwerken.

Die deutsche Revolution 1918 – 1920

Die erste Phase der Revolution verlief relativ friedlich. Sie war – wie beschrieben – geprägt von Machtübertragungen und Machtteilungen zwischen Arbeiter- und Soldatenräten sowie den alten Verwaltungen. Erst mit der „Wende zum Bürgerkrieg“ begann dann um die Jahreswende 1918/19 eine Phase gewaltsamer Ereignisse,



die sich bis ins Frühjahr 1919 erstreckte, als die letzten Räterepubliken gewaltsam niedergeschlagen wurden. Das Zusammenspiel von drei Faktoren führte zu dieser Gewalteskalation.

Erstens gab es einen einschneidenden Wandel in den Reihen der neuen Regierung, die Republik nach innen durch den kompromisslosen Einsatz von Gewalt – vor allem gegen protestierende Arbeiter – zu befrieden. (Jones: *Am Anfang*, 335 – 339) Zweitens wurde denjenigen Arbeitern, die weitergehende gesellschaftliche Verbesserungen im Blick hatten, im Frühjahr 1919 klar, dass der politische Schwung und die damit verbundenen Dynamiken der ersten Revolutionsphase erlahmt waren. Drittens bestand das Kernproblem vor allem der Jahre 1919/20 darin, dass mit der Revolution und dem Ende des Kaiserreichs das Gewaltmonopol im neuen Staat sowohl nach innen (Polizei) als auch außen (Militär) zerfallen war. So entstand seit Ende 1918 eine Vielzahl politisch umstrittener Gewaltinstitutionen. Aus ehemaligen Soldaten wurden in den ersten Revolutionstagen Sicherheitswehren geschaffen. Diese

↑ 129 Am 6. November 1918 griff die revolutionäre Bewegung auch auf Hamburg über. Es wurden Arbeiter- und Soldatenräte gebildet und die revolutionären Matrosen zu Sicherungsdiensten im Hafengebiet eingesetzt.

Einheiten galten jedoch selbst sozialdemokratischen Politikern als unzuverlässig, weil sie kaum kontrollierbar waren. Zudem waren die uniformierten Schutzleute der Polizeien des Kaiserreichs seit der Revolution kaum in der Lage, für die – wie auch immer definierte – Ruhe und Ordnung zu sorgen. In Hamburg hatte sich schon in den letzten Kriegsjahren innerhalb der Schutzmannschaft ein tiefer Riss zwischen Mannschaften und Offizieren entwickelt. Die Entstehung und Politik des Schutzmannsrats, in den Revolutionsmonaten als Interessenvertretung vor allem der Mannschaften geschaffen, wurde nachhaltig von diesen Entfremdungserfahrungen bestimmt. Zudem fehlten in vielen Städten nach der Revolution funktionierende Militärverbände. In der ebenfalls bewaffneten Einwohnerwehr (gegründet am 22. April 1919) waren zunächst auch Arbeiter organi-

siert. Sie wurde in Stadtteilen aufgestellt. Diese Einheiten waren in bürgerlichen Kreisen erst akzeptiert, als Mitglieder der USPD und KPD nicht mehr aufgenommen wurden. Seit Ende 1918 wurden im gesamten Reich Freikorps gegründet, zumeist aus jüngeren Unteroffizieren. Hinzu kamen Zeitfreiwilligenverbände. 1919 entstanden weitere bewaffnete Formationen:

↓ 130 Auf den Masten der Kriegsschiffe im Hamburger Hafen wehten am 9. November 1918 die roten Fahnen.



Dazu gehören die militärisch ausgerüstete grün uniformierte Sicherheitspolizei sowie rechte bürgerliche Wehrverbände wie der „Stahlhelm“.

Das Zusammenwirken dieser drei Faktoren ist, ähnlich wie die Periodisierung der Umbruchphase von etwa 1916 bis 1923, bislang noch nicht in Fallstudien analysiert worden. Ältere typologisierende Arbeiten zu Düsseldorf und Hamborn haben, allerdings fokussiert auf die Jahre 1918/19, vor allem Stärke und politische Ausrichtung der Arbeiterbewegung (reformistisch ver-

→ 131 Der Hamburger Oberste Marinerat mit Wilhelm Stürmer in der Mitte posiert mit seinen Fahnen vor dem Oberlandesgericht, in dem er seinen Sitz hatte.



sus radikal) sowie Streikverhalten (spontane betriebliche Militanz versus organisierte politische Proteste) untersucht. Mit Blick auf die hier skizzierten Forschungsfragen sollte eine solche Analyse inzwischen jedoch das breite Spektrum sozialer Bewegungen ebenso einbeziehen wie darauf bezogene Wahrnehmungen und Zuschreibungen. Das Hamburger Beispiel kann dazu beitragen, das Erkenntnispotential einer solchen Perspektive anzudeuten. In hafennahen Hamburger Arbeitervierteln entstand aus den eher dezentralen Vorläufern der Kriegszeit seit 1918 eine urbane soziale Bewegung jenseits etablierter (Arbeiter-) Organisationen. Wie erste Vorstudien zeigen, erreichte diese soziale Bewegung ihren Höhepunkt 1919/20 und zerfiel bis 1923. Das Fallbeispiel Hamburg lässt sich durch folgende Merkmale charakterisieren: Es handelt sich um eine international stark vernetzte Hafenstadt, die somit offen war für transnationale Einflüsse; sie war seit der Vorkriegszeit geprägt durch Handel und Industrie sowie durch eine starke und reformistische Arbeiterbewegung mit eigener Zeitung.

Für Kiel wäre es höchst erstrebenswert, auch typologisierende Merkmale zu erarbeiten und ähnliche Untersuchungen anzustellen, denn zumindest bis etwa 1920/

21 blieben die Parallelität und die Vielfalt sozialer Bewegungen und ihrer Aktionsmuster ein Kernmerkmal sozialer Artikulationsformen. Das galt auch für darauf bezogene diffuse Ängste vor einem wie auch immer verstandenen Bolschewismus und vor weiteren Revolutionen. Zu untersuchen wären neben der Rätebewegung die Konsumentenproteste, Arbeitslosenbewegungen sowie zahlreiche Preis- und Marktkommissionen. Zum anderen sollten aber auch die Zeitfreiwilligenverbände und Freikorps explizit als soziale Bewegungen betrachtet werden. Gerade mit Blick auf diese rechten Organisationen kann so vermieden werden, sie als wie auch immer kategorisierte Sonderformationen zu betrachten und sie so von sozial- und kulturgeschichtlichen Untersuchungen zu den Auswirkungen des Kriegs auszuklammern.

Fünf Merkmale charakterisieren die urbane soziale Bewegung in den hafennahen Hamburger Arbeitervierteln. Erstens war eine kleingruppengestützte „Versammlungsdemokratie“ das organisatorische Herzstück. „Debattierklubs“ bildeten ein wichtiges Strukturelement der intensiven Versammlungsaktivität, die diese Bewegung auf öffentlichen Straßen und Plätzen vor allem in den Arbeiterstadtteilen entfaltete. Hier mischten sich Im-

pulse aus den kleingruppenzentrierten Lebensmittelprotesten an der Heimatfront mit den Kleingruppenerfahrungen heimkehrender Arbeiter-Soldaten. In den „Debattierklubs“, in den Nachkriegsjahren eine überwiegend männliche Domäne, wurden nicht nur alltägliche Probleme, Tagesereignisse und Ernährungsfragen diskutiert, sondern auch politische und arbeitsbezogene Themen. Diese informellen Kleingruppen sammelten sich an nahezu allen Orten mit starkem Publikumsverkehr wie dem Rathausmarkt, dem Hauptbahnhof oder in der hafennahen Gegend, also in der Nähe der alten Unterschicht- und Arbeiterquartiere. Zweitens ging es dieser kleingruppengestützten versammlungsdemokratischen Bewegung als Nahziel um die Durchsetzung eines „Rechtes auf die Straße“, zentriert um eine uneingeschränkte Mobilität auf öffentlichen Straßen und Plätzen. Hier wollten sich die Akteure ungehindert bewegen, versammeln, Themen ihrer Wahl diskutieren und mitunter auch protestieren. Im Mittelpunkt der Proteste dieser Bewegung standen die mit dem Übergang von einer Kriegs- auf eine Nachkriegswirtschaft verbundenen Probleme der Lebensmittelversorgung sowie der Arbeitslosigkeit. Gruppen von Arbeitern und Soldaten durchzogen auch bürgerliche Stadtteile und durchsuchten dort die Häuser nach Lebensmitteln und Waffen, was starke Ängste bei den Bewohnern auslöste.

Drittens thematisierte eine arbeitsbezogene Versammlungsdemokratie auch betriebliche sowie Arbeitsmarktprobleme. Hier gingen die Beschäftigten ähnlich selbstbewusst vor wie auf öffentlichen Straßen und Plätzen, angetrieben von einem großen individuellen und kollektiven Gefühl der Stärke und von kreativen Ideen zur Umgestaltung des Arbeitsalltags im Sinne der Arbeiterschaft. Auch das Freihafengebiet wurde mit dem Eintreffen alliierter Lebensmittelschiffe im März 1919 zum Tätigkeitsfeld dieser sozialen Bewegung. Die bei der Entladung dieser Schiffe beschäftigten Hafenaarbeiter

eigneten sich Ladungsgüter an, verzehrten sie oder handelten offen damit. Viertens war das Fernziel der versammlungsdemokratischen sozialen Bewegung für das Recht auf die Straße die Errichtung lokaler Ordnungen – verstanden als praktische Handlungsorientierung und als Vision – im Stadtteil sowie an den Arbeitsplätzen. In diesen lokalen Ordnungen ging es weniger um abstrakte gesamtstaatliche oder gesamtgesellschaftliche Transformationen als vor allem um die Strukturierung des sozialen Nahraums. In Abgrenzung zu denjenigen Akteuren, die sich explizit an übergreifenden gesellschaftlichen beziehungsweise staatlichen Perspektiven ausrichteten (wie Politiker, Polizisten, Parteien), orientierten sich die Handlungsmuster und Visionen dieser Bewegungsakteure an spezifisch lokalen Problemhorizonten. Diese lokale Orientierung konnte zwar indirekt auch Perspektiven für eine gesamtgesellschaftliche Neuordnung eröffnen, musste dies aber nicht. Gleichzeitig barg die lokale Ausrichtung auch Probleme von Ausgrenzungen. So wurden bei Stadtteilprotesten auch antisemitische Stereotype artikuliert und an den Arbeitsplätzen bisweilen nur die Einstellung lokal ansässiger Arbeiter gefordert.

Fünftens handelt es sich bei diesem kollektiven Akteur, der seit der Revolution vom November 1918 vor allem in den hafennahen Hamburger Arbeitervierteln sichtbar wurde, um eine Bewegung mit speziell urbanem Charakter. Denn diese Bewegung vereinte politische mit konsum-, arbeits- und stadtbezogene Forderungen. Zudem war sie lokal (auf Stadtteil und Arbeitsplatz) orientiert und trat ein für ein Recht auf die (städtische) Straße, um so die Nutzung der Stadt in ihrem Sinne zu verändern. Diese versammlungsdemokratisch legitimierte straßen- und stadtteil-beziehungsweise arbeitsplatzbezogene urbane soziale Bewegung prägte bis 1920 die Selbsthilfegesellschaft der hafennahen

→ 132 Das Foto zeigt einen Posten der Hamburger Volkswache während der sogenannten Säuleunruhen im Juni 1919. Sie waren der Höhepunkt der gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und konterrevolutionären Kräften aus Reichswehr und Freikorps, die am Ende die Kontrolle über die Hansestadt erlangten.



Stadtviertel. Darüber hinaus integrierte diese urbane soziale Bewegung nicht nur translokale Transfers (wie Nachrichten der Niederschlagung von der Bremer Räterepublik im Februar 1919), sondern auch transnationale Transfers. Zu letzteren gehörte vor allem der fast weltweite Aufschwung unionistisch-syndikalistischer Bewegungen. Hamburg war, als internationaler Seehafen und als international vernetzte Stadt der Arbeiterbewegung, offen für solche transnationalen Einflüsse.

Soziale Bewegungen zwischen Existenzsicherung und lokaler Straßenmobilisierung (Sommer 1920 – Herbst 1923)

In Hamburg waren die bislang kaum untersuchten Lebensmittelproteste vom Sommer 1920 ähnlich wie die Streiks vom Spätsommer (unter anderem der Hafenaarbeiter) von Aktionsformen der urbanen sozialen Bewegung geprägt. Inzwischen ging es jedoch weit weniger um die Durchsetzung eines Rechts auf die Straße als um Absicherung der materiellen Existenz. In Hamburg

entstanden im Juni 1920, ähnlich wie in anderen deutschen Städten, Lebensmittelproteste, die sich besonders gegen die Verteuerung von Gemüse und von Schuhen wandten. Inzwischen hatten auch einige besser situierte Bürgerinnen und Bürger den Respekt vor fremdem Eigentum abgelegt und beteiligten sich an Plünderungen von Warenhäusern. Nach polizeilicher Einschätzung agierten im Sommer 1920 in der hafennahen Gegend bisweilen Gruppen von 8 – 10 000 Menschen. Die Protestakteure der urbanen sozialen Bewegung zogen nun allerdings nicht mehr zum Rathaus oder zu anderen zentralen staatlichen Institutionen, sondern blieben in ihren Vierteln. Hier versuchten sie, die von ihnen aktuell als drängend empfundenen Versorgungsprobleme eigenständig (etwa durch eigenhändige Preisfestsetzung von Waren) und unter Nutzung lokaler Kommunikationsnetzwerke anzugehen. Die Bewegung zerfiel jedoch bis 1923. Ähnliches galt für Arbeitsplatz und Arbeitsmarkt: Auch hier erodierte das Gefühl kollektiver Stärke innerhalb der Arbeiterschaft. Auf städtischer

Ebene wurden diese einschneidenden Veränderungen durch mehrere Faktoren vorangetrieben. Grundsätzlich wurde die nationalstaatliche Ordnung, gestützt durch staatliche Institutionen und Organisationen, inzwischen allmählich wieder zum dominierenden Ordnungsmuster. Auch die als Ausdruck der urbanen sozialen Bewegung neu gegründeten linken Parteien und Gewerkschaften wie KPD, Kommunistische Arbeiterpartei (KAPD) sowie die syndikalistisch-unionistischen Arbeiterunions hatten sich organisatorisch verfestigt, an Mobilisierungspotential verloren und waren von internen Streitigkeiten zerrissen. Zudem traten auch in Hamburg die individualisierenden Auswirkungen der Inflation in den proletarischen Stadtteilen ähnlich wie in den Betrieben, an den Arbeitsplätzen und auf

dem Arbeitsmarkt deutlich zutage. Wie die Unruhen vom Sommer 1923 zeigten, gewann die Absicherung des individuellen Überlebens höchste Priorität. Die „Märzaktion“ der Hamburger KPD vom 23. März 1921 trug massiv dazu bei, die Hamburger Arbeiterschaft am Arbeitsplatz sowie in den hafennahen Wohnvierteln zu polarisieren und zu spalten. Ähnlich paralysierend wirkte der Aufstandsversuch der KPD vom Oktober 1923. Seit 1923 dominierten die institutionell gefestigten republikanischen Organisationen und Parteien das politische Leben vor Ort. Jedoch sollte die hohe und politisch breite gesellschaftliche Mobilisierungsfähigkeit der 1920/30er Jahre auch gelesen werden als Nachwirkung der intensiven Aktivität sozialer Bewegungen in der globalen Umbruchphase der Jahre um 1916–1923.

Revolution and Social Movements in Germany During the Period of Global Upheaval (from 1916 to 1923). Conflicts About Local Order

The years between roughly 1916 and 1923 mark a period of global upheaval, characterised by competing social movements which have hardly been examined. In Germany, this period of upheaval can be roughly divided into three phases: 1916–18, 1918–20, 1920–1923. The range and diversity of competing social movements can be considered as the unique feature of this period. Since 1916, war-induced localisation processes arose, which led to and also were shaped by local social problems and by a growing power of locally-rooted social movements. The latter focused their activities mainly on the local level, where the self-confidently defended the local order against national and/or macrosocial systems of order. In the chosen case study of Hamburg, the emerging urban social movement had five key characteristics: small group-based public democracy (1); orientation towards a right to the street, centred around unrestricted mobility on public streets and places (2); integration of consumption and of shop floor-based actions (3); promulgation of local order, as a practical orientation and a utopian vision (4); it was a transnationally and translocally networked, explicitly urban social movement (5).

Literaturhinweise

Mark Jones: Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik, Berlin 2017.

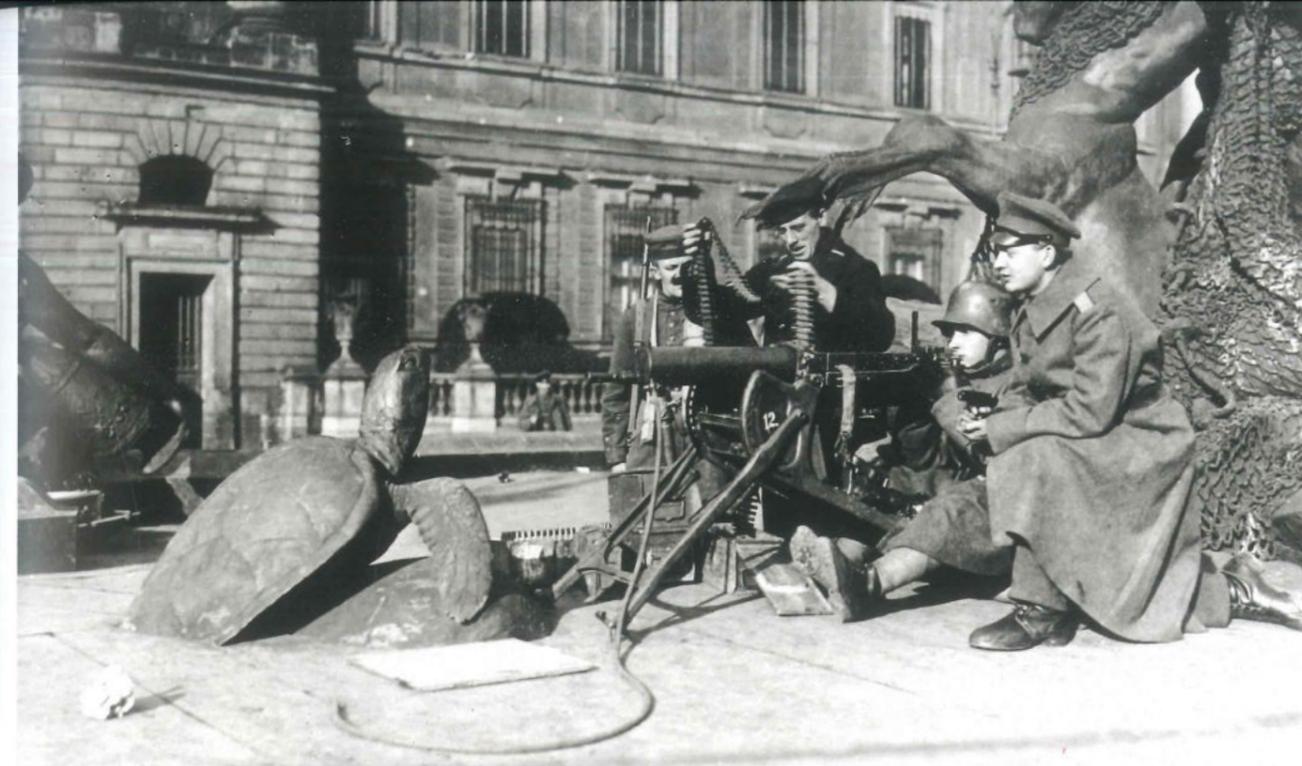
Ulrich Kluge: Die deutsche Revolution 1918/19. Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch, Frankfurt am Main 1985.

Jörn Leonhard: Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs, München 2014.

Klaus Weinbauer: Protest, kollektive Gewalt und Polizei in Hamburg zwischen Versammlungsdemokratie und staatlicher Sicherheit ca. 1890–1933, in: Friedrich Lenger (Hg.): Kollektive Gewalt in der Stadt. Europa 1890–1939, München 2013, 69–103.

Klaus Weinbauer: Revolution im Hamburger Hafen. Kollektive Interessensvertretung zwischen Tarifpolitik und lokalen Ordnungen (1916–1924), in: Karl Christian Führer u. a. (Hg.): Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918–1920, Essen 2013, 195–209.

Klaus Weinbauer u. a. (Hg.): Germany 1916–23. A revolution in context, Bielefeld 2015.



↑ 134 Maschinengewehrposten der Volksmarinedivision am Neptun-Brunnen vor dem Berliner Schloss im November 1918.

Rote Matrosen in Berlin. Die Volksmarinedivision

Am 11. November 1918 stellte der Volksmarinerat von Groß-Berlin dem neu gewählten Polizeipräsidenten eine Formation aus Matrosen als Schutz- und Ordnungsmacht zur Seite: die Volksmarinedivision. Sie war ein Sammelbecken revolutionärer Matrosen in Truppenstärke von etwa tausend Mann und bezog ihr Quartier teils im Berliner Marstall, teils im Stadtschloss. Die Volksmarinedivision stand politisch aufseiten der USPD und anderer linker Gruppierungen. Im Dezember 1918 entzündeten sich Spannungen mit der Regierung Ebert an Vorwürfen über vermeintlich aus dem Schloss entwendete Kunstgegenstände einerseits sowie über ausstehende Löhnung der Matrosen andererseits. Die Auseinandersetzung gipfelte nach telefonischer Abstimmung zwischen Ebert und Generalquartiermeister Wilhelm Groener („Ebert-Groener-Pakt“) in militärischen Auseinandersetzungen, den sogenannten Weihnachtskämpfen, mit elf Toten unter den Matrosen, die unter großer öffentlicher Teilnahme am 29. Dezember auf dem Berliner „Friedhof der Märzgefallenen“ bestattet wurden. Eine weitere revolutionäre Welle im Januar 1919 fand keine Unterstützung durch die Volksmarinedivision. Während der folgenden „Märzkämpfe“ jedoch schloss sie sich dem Aufstand an, der von Regierungstruppen brutal niedergeschlagen wurde. Insgesamt verloren 1200 Menschen ihr Leben. Die Volksmarinedivision wurde aufgelöst. Sie erlangte später Bedeutung in der Erinnerungskultur der DDR, deren Seestreitkräfte „Volksmarine“ hießen.

Doris Tillmann



↑ 133 1961 ließ die DDR-Regierung in Erinnerung an die gefallenen Matrosen der Volksmarinedivision ein von Hans Kies entworfenes Denkmal auf dem Friedhof der Märzgefallenen errichten, auf dem auch die Toten der sogenannten Weihnachtsunruhen von 1918 bestattet waren.